

Vierteljährlicher Abonnementspreis
in Breslau 2 Thaler, außerhalb incl. Porto
2 Thaler 11/2 Sgr. Insektionsgebühr für den
Raum einer fünfzeiligen Zeile in Petitdruck
1/2 Sgr.

Expedition: Pettenstraße Nr. 20
Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten
Bestellungen auf die Zeitung, welche an fünf
Tagen zweimal, Sonntag und Montag einmal
erscheint.

Breslauer



Zeitung.

Mittagsblatt.

Mittwoch den 14. April 1858.

Nr. 172.

Telegraphische Depeschen der Breslauer Zeitung.

Paris, 13. April. Der heutige „Moniteur“ meldet, daß der außerordentliche Gesandte Persens, Ferruk Khan, gestern eine Abschiedsaudienz beim Kaiser gehabt habe.

Paris, 13. April, Nachmittags 3 Uhr. Die Proz. eröffnete zu 69, 55, 60 auf 69, 45, und schloß matt. Oesterreichische Staatsbahn war sehr angeboten, auch alle übrigen Werthpapiere waren matt. Consols von Mittags 12 Uhr und von Mittags 1 Uhr waren gleichlautend 96 1/2 eingetroffen.

3pCt. Rente 69, 45. 4 1/2pCt. Rente 92, 50. Credit-mobilier-Aktien 732. 3pCt. Spanier —. 1pCt. Spanier 26 1/2. Silber-Anleihe 91 1/2. Oesterreichische Staats-Eisenbahn-Aktien 706. Lombardische Eisenbahn-Aktien 611. Franz-Joseph 465.

London, 13. April, Nachmitt. 3 Uhr. Silber 61 1/2. Consols 96 1/2. 1pCt. Spanier 26 1/2. Mexikaner 19 1/2. Sardinier 90 1/2. 3pCt. Russen 109 1/2. 4 1/2pCt. Russen 100 1/2. Lombardische Eisenbahn-Aktien —. Hamburg 3 Monat 13 1/2. 6 1/2pCt. Wien 10 1/2. 34 Kr.

Wien, 13. April, Mittags 12 1/2 Uhr. Börse matter. Neue Loose 103 1/2. Silber-Anleihe —. 5pCt. Metalliques 81 1/2. 4 1/2pCt. Metalliques 71. Bank-Aktien 976. Bank-Int.-Scheine —. Nordbahn 184. 1854er Loose 107 1/2. National-Anleihen 84. Staats-Eisenbahn-Aktien 292 1/2. Credit-Aktien 241 1/2. London 10, 17. Hamburg 78. Paris 123 1/2. Gold 7 1/2. Silber 5 1/2. Elisabeth-Bahn 100 1/2. Lombard. Eisenbahn 108. Rhein-Bahn —. Central-Bahn —.

Frankfurt a. M., 13. April, Nachmitt. 2 1/2 Uhr. Wenig verändert bei stillen Umsätzen.

Schluß-Course: Wiener Wechsel 113. 5pCt. Metalliques 76 1/2. 4 1/2pCt. Metalliques 67 1/2. 1854er Loose 101 1/2. Oesterreichische National-Anleihen 79 1/2. Oesterreich-Französisch. Staats-Eisenb.-Aktien 332. Oesterreich. Bank-Anleihe 1100. Oesterreich. Credit-Aktien 218 1/2. Oester. Elisabeth-Bahn 196 1/2. Rhein-Nabe-Bahn 75 1/2.

Hamburg, 13. April, Nachmittags 3 Uhr. Die Börse schloß flau. Schluß-Course: Oesterreich. Loose —. Oester. Credit-Aktien 123. Oesterreich-Franz. Staats-Eisenbahn-Aktien 700. Vereinsbank 96. Norddeutsche Bank 86 1/2. Wien 79 1/2.

Hamburg, 13. April. [Getreidemarkt.] Weizen loco ruhiger. Roggen loco matt, ab Königsberg stiller. Gel matter, Preise unverändert. Rasse fest, 1500 Sad Lagnair, 2500 Sad Rio zu letzten Preisen verkauft.

Liverpool, 13. April. [Baumwolle.] 60.00 Ballen Umsatz. Preise theilweise 1/2 billiger als am vergangenen Freitage.

Telegraphische Nachricht.

London, 12. April, Abends. In der so eben stattgehabten Sitzung des Unterhauses beantragte Lord John Russell die Aufhebung der Indiv. Bill seitens der Regierung, und daß dieselbe separate Resolutionen, aus denen die Bill später hervorgehen könne, in Vorschlag bringen möge. Disraeli sprach seine Einwilligung aus. Palmerston und andere opponierten einstweilen prinzipiell. Nachdem wurden mehrere Motionen bewilligt.

Preußen.

Landtags-Verhandlungen.

Haus der Abgeordneten. 28te Sitzung am 13. April. Beginn 11 1/2 Uhr. Präsident Graf Eulenburg. Am Ministertische die Herren von Mantensfeld 1., von Raumer, von Westphalen, v. Mantensfeld 2.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die wiederholte Abstimmung über den Antrag zur Aufhebung der Indiv. Bill. Derselbe war gestern noch nicht gedruckt, muß deshalb gesondert in der nächsten Sitzung zur Abstimmung kommen. Dasselbe lautet also: In Erwägung, daß nach den Mittheilungen der 1. Staatsregierung eine anderweitige Regelung der Angelegenheit des Indiv. Bill. und der Indiv. Bill. in Aussicht steht, geht das Haus über die Indiv. Bill. und die Indiv. Bill. in der nächsten Sitzung zur Abstimmung über. — Von der Linken zumal fehlt ein sehr großer Theil der Abgeordneten. Außer der Linken, der Fraktion Rathis und Reichensperger stimmen einige Mitglieder der äußersten Rechten, wie Graf Stolberg, von Zettin, gegen den Antrag, der mit 164 gegen 72 Stimmen angenommen ist.

In dem Etat des Kultusministeriums sind noch einige Positionen zu erledigen. Der Abg. Hartort beantragte, das Haus möge die Regierung zur Vorlage von Nachweisen auffordern: der Clementarlehre stellen unter dem Gehalt von 20 Thalern, ferner sämtlicher Stellen nebst Angabe, wie viele derselben mit Lehrern besetzt sind, die einen zwei oder dreijährigen Seminarstudium durchgemacht haben; dann der Kinderzahl, so in jeder Schule auf einen Lehrer fällt, und des Verhältnisses der Räumlichkeit der Lokale zur Zahl der Kinder; endlich eines Verzeichnisses über den Pensionen- und Wittwenfonds nebst Vorschlägen zur Abhilfe der bestehenden Noth. Diese Nachweise sollten nach Provinzen und Kreisen geordnet, dem Hause in der nächsten Sitzungsperiode vorgelegt werden.

Der Kultusminister freut sich, wiederum durch den Abg. Hartort zu der Mittheilung über die Entwicklung der beregten Angelegenheit veranlaßt zu werden. Auch er hatte die Intelligenz für ein Hauptfundament des preussischen Staats, aber er scheide davon auch eine gewisse Intelligenz, die in der neuern Zeit gar sehr Bankrott gemacht habe. Der Lehrermangel, der sich gegenwärtig geltend mache, beruhe nicht nur in den ungenügenden Besoldungen, sondern hauptsächlich in dem starken Wachsthum an neuen Schulen. Aus dem Budget könne man die Verbesserungen, die im Schulwesen stattfinden, nicht vollständig übersehen. Das Land bringe an 10 Millionen jährlich für das Schulwesen auf und das dadurch betragte Interesse der Allgemeinheit werde die Regierung nur erhalten können, wenn sie nicht übertriebene Forderungen stelle. Die statistischen Notizen, wie Herr Hartort sie wünschte, würden von der Regierung schon lange gewünscht und vorbereitet, aber ihre systematische Darstellung sei sehr schwierig und die Regierung müsse bei offiziellen Dokumenten der Art doppelt bedacht sein. Gelange sie zu ihrem Ziel, so werde sie mit dem Resultate freudig zurückkommen. Was die Räumlichkeitsuntersuchung betreffen solle, verheißt er nicht recht. — Hartort. Die letzte Frage würde sofort klar werden, wenn man nur einmal selbst in die Schulen sähe. Da müßten die Kinder an vielen Orten auf der Erde sitzen, auf den Knien schreiben, aus Mangel an Tischen und Bänken u. s. w. (Unruhe zur Rechten). — Reigers befragt es, daß in den letzten 10 Jahren für die katholischen Seminare weit weniger verwendet worden sei auf dem Wege außerordentlicher Ausgaben, als für die evangelischen. — Der Minister weist darauf hin, daß es zunächst um eine Herstellung des angemessenen Verhältnisses zwischen den Anstalten der beiden Konfessionen sich gehandelt habe. — Der Antrag Hartort wird abgelehnt.

Bei der Position „Kunst und Wissenschaft“ lagte v. Wentkowski, daß der Oberpräsident von Polen die Errichtung einer Statue v. Mickiewicz in dem Garten der Martinskirche verboten habe, als gegen § 93 des Strafgesetzbuches verstößend. Also als „Symbol des Aufbruchs“ solle die Bildsäule des großen Dichters gelten, der ein Freund Göthes, nur der Widerstand des Aufbruchs gewesen sei in seiner nationalen Gluth! Und selbst Alexander II. gestalte jetzt nach dem Tode des Dichters dessen Verherrlichung im Königreich Polen. Was würde Deutschland sagen, wenn Dänemark die Sekundation eines Schillerdenkmals in Göttingen verbiete? Er hoffe, die Regierung werde nicht eine Verfügung aufrecht erhalten, die nur von der Abneigung gegen die Nationalität des Dichters eingegeben sei.

Reichensperger (Köln): Er kenne zwar Mickiewicz nur dem Namen nach, aber er achte seinen Ruhm, und er glaube nicht, daß Preußen sich der Barbarei schuldig machen werde, welche die Embleme unterjochter Völker zerstöre. Der Kultusminister: Ihm sei nichts von der Sache bekannt, und er glaube auch, daß sie nicht an sein Ressort gelangen werde. (Der Minister des Innern hat sich inzwischen aus dem Saale entfernt.)

Der Ministerpräsident: Auch er sei der Sache nicht kundig, er könne nur versichern, daß das Staatsministerium gegen Dichterbüsten keinen Fehlschuß führe, daß also das hier angegebene Motiv für das Staatsministerium mindestens nicht maßgebend sei. (Bravo!)

Der Stat der Marine-Verwaltung folgt. Diergardt befragt die Gefährlichkeit der Summen, die dafür verwendet. Der Ministerpräsident stimmt dem bei und verweist auf die günstige Entwicklung des Gesamtbudgets. — Hartort äußert in ähnlicher Weise sein Bedauern über die traurige Rolle, die Deutschland bisher zur See gespielt. Indem er von Dänemark spricht, gebraucht er den Ausdruck „Jaunkönig“. — Reichensperger (Magen) bemerkt darauf, daß dieser Ausdruck absolut unzulässig sei und nicht in die stenographischen Berichte aufgenommen werden dürfe, da der König von Dänemark Mitglied des deutschen Bundes sei. Er wünsche also, daß der Beredner dies Wort modifizire. Der Präsident stimmt dem bei. Hartort: Er lasse sich gern belehren und müsse allerdings zugeben, daß er in der Frage deutscher Seemacht niemals daran gedacht habe, den König von Dänemark als Mitglied des deutschen Bundes zu betrachten. Der Präsident: Auf diese Erklärung komme es hier nicht an, sondern darauf, daß jener Ausdruck unzulässig sei. — Reigers deutet auf die Wichtigkeit des Ozeanverkehrs hin, der Ministerpräsident vertheidigt, daß man mit dieser Frage ernsthaft beschäftigt sei. — Der Stat der Marine selbst wird ohne weitere Diskussion erledigt. Dasselbe geschieht mit dem Kommissionsbericht über die allgemeine Rechnung des Budgets von 1855.

Endlich folgt der Bericht über die Königsberg-Explosion. Schmalz spricht dabei seine Wünsche für Aufhebung der drückenden Zollschranken gegen Ausland aus und glaubt diese gefördert, wenn die Regierung es sichere, daß die Bahnstrecke Kowno-Wilna nicht später dem Betriebe übergeben werde, als die Linie Wilna-Dünaburg-Petersburg. v. Hennig macht auf die Wichtigkeit einer Bahnverbindung von Bromberg an die russische Grenze aufmerksam und stellt einen darauf bezüglichen Antrag, der der Regierung empfiehlt, möglichst bis zum nächsten Jahre schon die betreffenden Beschlüsse zu fassen. Der Handelsminister verweist in Bezug auf die Wünsche des ersten Redners auf die Konvention mit Russland, mit dem v. Hennig'schen Antrag stimmt er prinzipiell überein, glaubt aber die Ausführung an das gleichzeitige Vorgehen polnischerseits knüpfen zu wollen. Behrend (Danzig) unterstützt den Antrag v. Hennig's, v. Wallinckrodt wendet gegen denselben ein, daß jedenfalls die Frage nach Fortführung der Bahn auf russischem Gebiete erst entschieden oder die Rentabilität der Bahn auch als Sackbahn nachgewiesen werden müsse, ehe das Haus sich der beträchtlichen Ausgabe geneigt zeigen dürfe. Der Gesetzentwurf selbst wird hierauf ohne Einrede vom Hause genehmigt, der Antrag v. Hennig's wird schließlich zurückgezogen.

Die Sitzung schließt damit um 2 Uhr, die nächste wird auf morgen, Mittwoch, 11 Uhr, anberaumt. Tagesordnung: die Zuckersteuer.

Berlin, 13. April. [Amtliches.] Se. Majestät der König haben allergnädigst geruht, dem Geheimen Sanitäts-Rath Dr. Bicking zu Berlin den rothen Adlerorden dritter Klasse mit der Schleife und dem Hauptmann Huye im 1. Artillerie-Regiment den rothen Adlerorden vierter Klasse zu verleihen; so wie den Kreisgerichts-Rath Brechmer zu Münsterberg zum Direktor des Kreisgerichts in Wohlau zu ernennen.

Dem Civil-Ingenieur Adolph Kühne zu Halberstadt ist unter dem 10. April 1858 ein Patent auf einen Apparat zur Extraktion von Mälenbrei in der durch Zeichnung und Beschreibung nachgewiesenen Zusammenhänge, und ohne jemand in der Benutzung bekannter Theile zu beschränken, auf fünf Jahre, von jenem Tage an gerechnet, und für den Umfang des preussischen Staats ertheilt worden.

Die Berufung des Predigt- und Schulamts-Kandidaten J. A. Rudolph zum ordentlichen Lehrer an der Realschule in Erfurt ist genehmigt; so wie der Schulamts-Kandidat J. R. Binde als ordentlicher Lehrer am evangelischen Gymnasium zu Glogau; und am Pädagogium des Klosters Unser Lieben Frauen in Magdeburg der Dr. Hugo Fiberg, bisher am Gymnasium zu Stettin, und der wissenschaftliche Hilfslehrer Johannes Rathmann als ordentliche Lehrer angestellt worden.

Berlin, 13. April. Se. königl. Hoheit der Prinz von Preußen nahm heute um 2 Uhr Nachmittags den Vortrag des Ministerpräsidenten entgegen. — Se. königl. Hoheit der Prinz von Preußen nahm heute Vormittags die Vorträge des Obersten Freiherrn v. Mantensfeld, des Polizei-Präsidenten Freiherrn v. Zedlitz entgegen und empfing Se. Excellenz den Wirklichen Geheimen Rath und außerordentlichen Gesandten am königlich bayerischen Hofe, Grafen v. Seckendorf, vor seiner Abreise nach München.

Se. königliche Hoheit der Prinz Friedrich Wilhelm fuhr heute Morgen 8 Uhr in Begleitung des Kommandeurs des Garde-Korps, General der Kavallerie, Graf v. d. Gröben, nach Potsdam, hielt dort eine Truppenbesichtigung ab und kehrte 10 1/2 Uhr wieder von dort nach Berlin zurück. Se. königl. Hoheit der Prinz Friedrich Karl, Höchsterwählter um 8 1/2 Uhr von Potsdam hier eintraf und den Exercitien der Kavallerie beimohnte, begab sich Mittags 12 Uhr wieder dorthin zurück.

Se. königl. Hoheit der Prinz Albrecht hat gestern Abend Berlin verlassen und sich auf einige Zeit nach Schloß Albrechtsberg bei Dresden begeben. Höchsterwählter gedankt in etwa 10 Tagen von dort nach Berlin zurückzukehren.

Ihre königl. Hoheit die Prinzessin Alexandrine begab sich heut Vormittags 11 Uhr zu Ihren Majestäten nach Charlottenburg und kehrte Nachmittags hierher zurück.

Wie bekannt, werden die Portepée-Fähnriche der Infanterie und Kavallerie auf den Divisions-Schulen zum Offizier-Examen vorbereitet. Ursprünglich wurde für jede Division eine solche Schule errichtet, so daß es deren 18 gab; allein es trat bald die Nothwendigkeit hervor, für jedes Armeekorps die beiden Divisions-Schulen in eine zu konzentriren, um eine größere Gleichmäßigkeit des Unterrichts zu erzielen und bei dem Mangel tüchtiger Lehrkräfte die Vortheile eines gediegeneren Unterrichts so viel als möglich zu benutzen. Diese 9 Schulen befinden sich in Potsdam, Königsberg, Stettin, Frankfurt a. O., Erfurt, Glogau, Reisse, Münster und Trier. Der Kursus umfaßt einen Zeitraum von 9 Monaten, von welchem 6 1/2 Monat auf den theoretischen Unterricht in den militärischen Wissenschaften, die übrige Zeit für den praktischen Unterricht, namentlich im Aufnehmen, bestimmt sind. Die spezielle Leitung einer jeden Schule führt als Direktor ein Stabs-

offizier mit der Strafbefugniß eines Bataillons-Kommandeurs. In Folge der großen Fortschritte in den gesammelten Kriegswissenschaften der neuern Zeit, sowohl in der Theorie, wie in der Praxis, und der dadurch gesteigerten Anforderungen an die Leistungen der Offiziere der Infanterie und Kavallerie, hat indessen die militärische Behörde, welche an der Spitze des Militär-Bildungswesens steht, nachdem die Reorganisation der Kadettenhäuser beendet ist, nimmere auch den Plan einer zeitgemäßen Umgestaltung der Divisions-Schulen in Erwägung gezogen, und liegt die Angelegenheit der allerhöchsten Entscheidung, wie wir hören, gegenwärtig vor. Soweit wir uns davon unterrichten konnten, so soll statt der bestehenden 9 Divisions-Schulen die Errichtung von drei Kriegsschulen mit verlängertem Lehrkursus und einer Sicherstellung ausgezeichneter Lehrkräfte beabsichtigt werden. Die Kriegsschule in Berlin würde dann zum Unterschiede den Namen Militär-Akademie führen, welcher ihrer Organisation auch mehr entspricht. (Zeit.)

Die Vermählung Ihrer Hoheit der Prinzessin Stephanie von Hohenzollern-Sigmaringen mit Sr. Maj. dem Könige Dom Pedro von Portugal wird am 29. d. M. in der katholischen St. Hedwigs-Kirche hieselbst per Procuracion vollzogen werden. Die Stelle des Königs von Portugal wird Se. Hoheit der Erbprinz Leopold von Hohenzollern-Sigmaringen, Lieutenant à la suite des 1. Garde-Regiments zu Fuß, Bruder der durchlauchtigen Braut, vertreten, der dann auch die neuvermählte Königin von Portugal nach Lissabon begleiten wird.

Wie wir hören, ist der Major im 8. Ulanen-Regiment v. Schönermark in das 10. Husaren-Regiment, und der Hauptmann im Generalstab des 5. Armeekorps Weith in das Garde-Artillerie-Regiment versetzt worden. (N. Pr. Z.)

P. C. [Der Arbeitsverdienst der Strafgefangenen.] Der Arbeitsverdienst der Gefangenen in den preussischen Strafanstalten theilt sich in die Staatsklasse und bildet einen Beitrag zu den Kosten der Verwaltung und Unterhaltung der Strafanstalten; ein Theil desselben jedoch verbleibt den Gefangenen selbst, dient zu ihrem besseren Unterhalte in der Strafanstalt oder wird zu einem kleinen Kapitale gesammelt, das den Sträflingen nach verbüßter Strafe den Eintritt in die Freiheit und das Fortkommen im bürgerlichen Leben erleichtert. Bei diesen Zwecken des Arbeitsverdienstes ist die Wichtigkeit desselben offenbar und das Streben der Strafanstaltsverwaltungen, denselben möglichst zu steigern, wünschens- und lobenswerth.

Nach dem Etat der Verwaltung des Innern für 1858 läßt sich eine recht erfreuliche Steigerung des Arbeitsverdienstes, wenn nicht in allen, doch in den meisten preussischen Strafanstalten wahrnehmen, welche seit 1857 einen neuen Etat erhalten haben. In 9 Anstalten ist derselbe gestiegen und nur in 6 gefallen. Die Gesamtsumme des Arbeitsverdienstes in den 15 zur Vollstreckung der Zuchthausstrafe bestimmten neueren Gefängnissen betrug im Jahre 1857 nur 240,594 Thlr. bei 13,250 Gefangenen, während der Etat für 1858 von 14,020 Gefangenen 257,927 Thlr. verspricht. Es hat hiernach ein Gefangener im Jahre 1857 nur 18 Thlr. 4 Sgr. 9 Pf., 1858 dagegen 18 Thlr. 11 Sgr. 10 Pf., also 7 Sgr. 1 Pf. mehr Arbeitsverdienst als 1857. Die Steigerung stellt sich noch bedeutender heraus, wenn man bei ihrer Bemessung die Strafanstalt bei Moabit, in welcher besondere Verhältnisse ein bedeutendes Sinken des Arbeitsverdienstes herbeigeführt haben, außer Rechnung läßt. Dann haben die 14 übrigen Strafanstalten bei 12,450 Gefangenen 217,354 Thlr. im Jahre 1857 und bei 13,320 Gefangenen 242,927 Thlr. im Jahre 1858 Arbeitsverdienst; im Jahre 1857 also nur 17 Thlr. 14 Sgr. 6 Pf., im Jahre 1858 dagegen 18 Thlr. 7 Sgr. 1 Pf., d. i. 22 Sgr. 7 Pf. mehr pro Kopf der Gefangenen.

Wie bereits oben bemerkt, sind die 15 Strafanstalten, welche in Betracht gezogen, seit 1857 nach neuen Etats eingerichtet. Werfen wir nun noch einen Blick der Vergleichung auf die Strafanstalten, welche nach älteren Etats verwaltet werden.

Es kommen hier nur diejenigen in Betracht, welche ausschließlich der Vollstreckung der Zuchthausstrafe dienen, und sind demnach ausgeschlossen die reinen Korrektils- und Gefangenenanstalten. Als ältere Zuchthaus-Strafanstalten sind nach dem Etat der Verwaltung des Innern für 1858 etabliert: Rhein mit 600 Sträflingen und 8000 Thlr. Arbeitsverdienst, Graubenz mit 1320 Sträflingen und 17,337 Thlr., Naumburg mit 785 Sträflingen und 12,030 Thlr., Pöln-Crone mit 790 Sträflingen und 17,550 Thlr., Naugard mit 1424 Sträflingen und 16,684 Thlr., Schmilchom (Bildowitz) mit 400 Sträflingen und 5050 Thlr., Lichtenburg mit 145 Sträflingen und 21,760 Thlr., Halle mit 953 Sträflingen und 18,322 Thlr., Herford mit 550 Sträflingen und 11,693 Thlr., Münster mit 1100 Sträflingen und 21,513 Thlr., Werden mit 960 Sträflingen und 16,000 Thlr., Köln mit 1197 Sträflingen und 23,307 Thlr., Trier mit 330 Sträflingen und 3500 Thlr. Arbeitsverdienst. Diese 13 Strafanstalten enthalten hiernach etatsmäßig im Ganzen 11,894 Sträflinge mit 192,746 Thlr., oder pro Kopf der Sträflingszahl 16 Thlr. 11 Sgr. 3 Pf. Arbeitsverdienst. Der Arbeitsverdienst der älteren Strafanstalten ist also bedeutend geringer, als der der jüngeren Anstalten, welcher jenen um mehr als 2 Thlr. pro Kopf übersteigt.

In sämtlichen hier in Betracht gezogenen 28 Strafanstalten werden 25,144 Verbrecher detinirt. Der Arbeitsverdienst derselben beläuft sich auf 450,673 Thlr., oder pro Kopf 17 Thlr. 27 Sgr. 8 Pf. Ueber das Verhältniß dieses Sokes, sowie des Arbeitsverdienstes der einzelnen Anstalten zu dem Gesamtkostenaufwande für Verwaltung und Unterhaltung der Strafanstalten werden wir in einem späteren Artikel zu berichten.

Charlottenburg, 13. April. Ihre Majestäten der König und die Königin empfingen gestern Mittag den Besuch Ihrer königl. Hoheit der Prinzessin von Preußen und machten demnach eine längere Spazierfahrt durch den Grunewald. (Anz.)

Oesterreich.

Krafsau, 10. April. Der hier erscheinende „Gaz“ bringt in einer der letzten Nummern folgende die galizischen Zustände scharf und nicht eben zu deren Vortheil beleuchtende Korrespondenz aus Lemberg: Die statistischen Daten der verflochtenen Jahre geben uns die traurige Ueberzeugung, daß die Produktion des Landes weit davon entfernt ist, dessen Bedürfnisse zu decken, denn die Ausfuhr unserer Erzeugnisse, als: Getreide, Rindvieh, Schafe u. s. w., die wir dem Westen zuwenden, bringt uns keinen Gewinn, da wir dieselben Gegenstände von den Märkten des Ostens herholen und zwar oft zu sehr hohen Preisen. Erwägen wir, was wir für Tuch, geerbtes Leder, Leinwand, Kattun, Muslin und Seidenwaaren, für Eisen, Kupfer, Zinn und Zink, so wie für die aus diesen Metallen gefertigten Waaren vorausgaben, ferner was uns eine Menge anderer Industrie-Erzeugnisse, nothwendige so wie zum Luxus gehörige, kosten, welche Summen wir für Gegenstände, die wir füglich entbehren, oder auch an Ort und Stelle haben könnten, nach Paris und in die in Sachen der Mode tonangebenden deutschen Städte schicken, so gelangen wir zu der niederschlagenden Gewißheit, daß der Werth desjenige, was aus dem Lande geht, denjenigen der Produktion desselben um Millionen übersteigt. Solche Zustände führen unfehlbar zum Bankrott, und über kurz oder lang müssen diejenigen, in deren Hand die Vorsehung die Kultur des Bodens, die Pflege der Industrie und des Handels gelegt hat, Leuten weichen, welche es verstehen, durch Thätigkeit und vernünftige Sparsamkeit die im Innern unserer Provinz ruhenden

